



Theoriebeilage

Streik:
Mittel der
Gegenwehr

ISO Rhein-Neckar

Kapitalismus abwählen?

Soziale und
ökologische
Front
aufbauen!

INHALT	EDITORIAL	INHALT
TITEL		POLITISCHE BILDUNG / ISO
01 Bundestagswahl Kapitalismus abwählen?	<i>Liebe Leserinnen und Leser,</i> nach der Sommerpause melden wir uns wieder zurück. Der sogenannte Bundestagswahlkampf ist in seine „heiße“ – uns aber eher lau- warm erscheinende – Phase eingetreten. Heißer ist dagegen der Arbeitskampf der GDL bei der Deutschen Bahn AG, der un- sere Unterstützung verdient. Unabhängig von den gefühlten Tempe- raturen sind das aber nur zwei der vielen Themen in unserer September-Ausgabe. In der Theoriebeilage befassen wir uns mit der Bedeutung von Streiks. Wir freuen uns auf Euer Interesse an der vorliegenden <i>Avanti</i> ² . Passt auf Euch auf und bleibt gesund! <i>Eure Redaktion</i>	09 Kapitalismus Debatte über Alternativen
EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH		10 Rahmenbedingungen Neoliberale Offensive?
02 FRANKREICH Arbeiterkandidatur		11 Pariser Kommune Unvergessen
BUNDESTAGSWAHL		RÜCKBLENDE / TERMINE
03 BUNDESTAGSWAHL Kapitalismus abwählen?		12 Kollwitz Politische Kunst?
PANDEMIE		12 TERMINE
04 ZEROCOVID Nach der 3. Welle		THEORIEBEILAGE
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT		01 Streik Mittel der Gegenwehr
05 Nora Systems Salamitaktik beim Abbau?		
06 GDL-STREIK Unterstützung jetzt		
07 BR-Mobbing Ohne Gegenwehr?		

Frankreich

Ein Arbeiter als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen?

E. B.

Ende Juni 2021 hat die Nationale Konferenz unserer französischen Schwesterorganisation NPA (Neue Antikapitalistische Partei) beschlossen, den entlassenen Ford-Arbeiter Philippe Poutou als revolutionären Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen im nächsten Jahr zu nominieren.

Nach Auffassung unserer Genossinnen und Genossen der NPA macht diese Kandidatur nur Sinn, wenn sie eine Verbindung zu den Kämpfen gegen die Folgen des Kapitalismus in Frankreich und der Welt herstellt. Nur so könne sie eine Kampagne zur Veränderung der Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Klasse und aller Unterdrückten werden.

Es genüge nicht, sich mit einem „guten Wahlprogramm“ zufrieden zu geben. Vielmehr müsse der Wille zur Bündelung der Kräfte deutlich gemacht werden, um eine Gegenoffensive zur Politik der Herrschenden ermöglichen zu können. Die arbeitende Klasse dürfe nicht auf „Retter von oben“ hoffen, sondern müsse sich für die kämpferische Durchsetzung ihrer eigenen Interessen zusammenschließen und selbst ihre Rechte verteidigen.

Zunächst muss die NPA aber noch eine große und undemokratische Hürde überwinden. Philippe Poutou benötigt 500 glaubigste Unterschriften politischer Mandatsträgerinnen und -träger, um die offizielle Zulassung als Kandidat zu erhalten. ■



Philippe Poutou nach seiner Nominierung durch die Nationale Konferenz der NPA in Paris, 27. Juni 2021.

Kapitalismus abwählen? Soziale und ökologische Front aufbauen!

U. D.

Kapitalismus kann weder Solidarität noch Klima. Er ist die wesentliche Ursache für die globalen Krisen unserer Zeit: Er kann nicht ohne permanentes Wachstum existieren; er verursacht Hunger und Kriege; er bedeutet Aneignung des gesellschaftlich geschaffenen Reichtums durch wenige; er steht für Konzentration von Macht; er strebt nach maximalem Profit und beutet dafür rücksichtslos Mensch und Natur aus.

Kapitalismus kann nicht abgewählt werden

Kapitalismus kennt viele Herrschaftsformen: Autoritäre Feudal-Systeme wie im deutschen Kaiserreich, mörderische Diktaturen wie in Nazi-Deutschland oder kapitalistische Demokratien wie zurzeit in der BRD. Diese Formen sind grundlegend verschieden, aber haben eines gemeinsam: Die eigentliche Macht hat das Kapital.

Die Kapitalmacht kann nicht durch Wahlen abgeschafft werden. Spätestens mit der Pariser Kommune vor 150 Jahren wurde deutlich, dass die arbeitende Klasse den bürgerlich-kapitalistischen Staat nicht einfach „übernehmen“ kann. Sie muss ihn durch ihre eigene radikal-demokratische Ordnung, eine sozialistische Räte-demokratie, ersetzen.

Wahlrecht nutzen

Obwohl freie Wahlen den Kapitalismus nicht grundlegend ändern oder gar überwinden können, sind sie nicht bedeutungslos. Dies zeigt ihre Abschaffung in Diktaturen.

Wahlergebnisse können massive Folgen haben. Zum Beispiel bezüglich der Einschränkung von Freiheits- und Menschenrechten oder der Belebung rassistischer Bewegungen. Das haben die letzten Jahre in Brasilien, Polen, Ungarn oder den USA gezeigt.

CDU/CSU, FDP, GRÜNE und SPD sind keine Alternative. Trotz unterschiedlicher humanitärer, sozialer und ökologischer Positionen vertreten diese Parteien das bestehende System. Sie wollen den Kapitalismus nicht beseitigen. Im Gegenteil: Sie werden die an Profitinteressen orientierte Politik der letzten Jahrzehnte zu Lasten der arbeitenden Klasse fortsetzen. Deshalb sind sie für uns nicht wählbar.

Keine Stimme für Nazis, AFD und Coronaleugner

Kreuze für diese Parteien haben zu viele Haken. Diese Parteien wollen nicht den Kapitalismus beseitigen, sondern die kapitalistische Demokratie durch offen rassistische, autoritäre oder faschistische Systeme ersetzen.

Sie rufen heute nach „Freiheit und Demokratie“, um sie morgen abzuschaffen. Sie nutzen die Methoden der Hitler-Faschisten und schüchtern ihre Gegner*innen mit Gewalt und Mord ein. Ein gutes Wahlergebnis würde diese Parteien und ihre Schlägertrupps stärken. Dies muss verhindert werden.

Autoritäre und faschistische Parteien müssen konsequent und auf allen Ebenen bekämpft werden. Eine solche Ebene können auch Wahlen sein. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Die Linke wählen – ohne Illusionen

In der Partei Die Linke gibt es zwar antikapitalistische Strömungen. Viele ihrer Mitglieder setzen sich in Betrieben, Gewerkschaften und Bewegungen für die Interessen der arbeitenden Klasse ein.

Aber in der Linken gibt es vor allem auch Strömungen, die nicht auf außerparlamentarische Bewegungen und die Abschaffung des Kapitalismus orientieren. Gerade die innerparteilich dominierende und medial wahrnehmbare parlamentarische Führungsriege verkörpert diese politische Anpasstheit und das Streben nach Regierungsbeteiligung.

Die Linke bietet also keinen Anlass zu Illusionen. Aber ein gutes Wahlergebnis für Die Linke ist ein Signal gegen Nazis und bürgerlich-neoliberale Politik, und für die politische Linke schafft es Freiräume außerhalb des Parlaments.

Nicht die Stimme abgeben, sondern sie erheben

Das Kräfteverhältnis zwischen unten und oben wird aber nicht durch Wahlen, sondern nur durch eine außerparlamentarische Massenbewegung verändert, welche die Profitlogik des Kapitalismus in Frage stellt.

Es gilt, eine solche Bewegung zu schaffen. Bauen wir dort, wo wir leben, lernen, arbeiten und politisch handeln, klassenkämpferische Kerne und Strömungen auf und vernetzen diese aktiv in einer sozialen und ökologischen Front.

Warten wir nicht auf bessere Zeiten. Warten wir vor allem nicht darauf, dass andere für uns handeln.

Handeln wir selbst, gemeinsam und solidarisch für den Aufbau einer organisierten und organisierenden antikapitalistischen Kraft – über alle Grenzen hinweg. ■



Wird nach der 3. Welle alles wieder gut?

Online-Veranstaltung ZeroCovid-Rhein-Neckar

R. G.

Unter diesem Titel hatte die Initiative ZeroCovid Rhein-Neckar am 15. Juli 2021 eine Online-Veranstaltung organisiert. Referentin und Diskussionspartnerin war Verena Kreiling, eine der Initiator*innen des Aufrufs #ZeroCovid (<https://zero-covid.org>).

Nach der Welle ist vor der Welle

In einem faktenreichen Referat fasste Verena die Pandemie-Lage zusammen. Dabei machte sie deutlich, dass die Pandemie weder global noch national vorüber sei. Alles deute auf eine vierte Welle hin und erneut würden seitens der Regierung keine geeigneten Maßnahmen getroffen werden.

Die aktuell für Deutschland veröffentlichten Zahlen gäben nur einen kleinen Ausschnitt der globalen Wirklichkeit wieder. So seien gerade auch Länder betroffen, die bislang relativ gut durch die Pandemie gekommen waren. Nicht zuletzt träfe dies auf Staaten des afrikanischen Kontinents zu.

Ein weiterer Aspekt der Pandemie sei die ungerechte globale Impfstoffverteilung. In den Industrieländern sei die Impfquote im Vergleich zu den armen Ländern dieser Welt hoch. Weltweit wäre die Impfquote noch sehr niedrig. Angesichts der aggressiven Virus-Mutanten könne so die Pandemie nicht erfolgreich eingedämmt werden.

Ungenutzte Möglichkeiten

Verena beurteilte die ZeroCovid-Kampagne als relative Niederlage der politischen Linken. ZeroCovid sei es gelungen, öffentliche Aufmerksamkeit und eine starke mediale Resonanz zu erzielen.

Aber die Unterstützung der Kampagne durch unterschiedliche Strömungen der politischen Linken habe bis auf wenige Ausnahmen nicht zum Aufbau aktiver Initiativen geführt. Die vorhandene Anfangsdynamik wäre nicht für den Aufbau einer breiteren Bewegung genutzt worden.

Wer zahlt die Rechnung?

Schon jetzt haben Millionen Menschen die unzulängliche Pandemiebekämpfung unnötigerweise mit ihrem Leben bezahlt. Weitere finanzielle und soziale Opfer werden hinzukommen. Bereits jetzt zeichne

sich ab, dass die Kosten der Pandemie- und Krisenbekämpfung nicht den Krisengewinnler*innen und Reichen, sondern den abhängig Beschäftigten aufgebürdet würden.

Widerstand organisieren

Die anschließende Diskussion drehte sich um die Beurteilung der ZeroCovid-Kampagne und wie nach den Bundestagswahlen im September 2021 Widerstand gegenüber drohenden „Sparmaßnahmen“ entwickelt werden kann.

Dabei wurde die negative Beurteilung von ZeroCovid nicht uneingeschränkt geteilt. Auch wenn die Kampagne zu wenig praktische Arbeit initiiert habe, hätte sie doch die vorhandene Pandemie-Starre der politischen Linken lösen und damit wichtige Impulse geben können.

Nicht zuletzt bleibe abzuwarten, wie massiv die vierte Welle werde und welche Maßnahmen seitens der Regierungen ergriffen würden. Ob #ZeroCovid dann erneut einen Beitrag für gemeinsame Initiativen der politischen Linken leisten

könne, werde sich zeigen. Daher sei es zu früh, #ZeroCovid aufzulösen.

Einig waren sich die Anwesenden, dass es derzeit schwierig sei, praktische Arbeit zur Pandemie zu entfalten. Das Interesse sei zurzeit insgesamt eher gering und es gäbe eine spürbare „Pandemie-Müdigkeit“.

Dennoch seien einige Pandemie-Themen weiterhin von Bedeutung und könnten für eine praktische Arbeit aufgegriffen werden. Zum Beispiel: Globale Impfgerechtigkeit, Personalbedarf und Entlohnung in Krankenhaus und Pflege, Gesundheitsschutz in Betrieben, Schulen und Universitäten. Auch gehe es nicht zuletzt um die Frage: Wer zahlt für die Krise?

Lohnender Abend

Die abschließende Meinung der Teilnehmenden war, dass sich diese Online-Veranstaltung mit Verena Kreiling sehr gelohnt habe.

Wesentlich dafür war das ausgezeichnete Referat von Verena, welches viele Anregungen für eine lebendige und solidarische Diskussion gab. ■



ZeroCovid-Kundgebung in Mannheim, 10. April 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

Fußbodenhersteller nora systems plant Teilverkauf Soll der Betrieb in Weinheim jetzt zerschlagen werden?

S. T.

Die Firma nora systems ist mit mehr als 800 Beschäftigten nach Freudenberg das zweitgrößte Unternehmen in Weinheim. Seit Wochen ist bekannt, dass der US-amerikanische Eigentümerkonzern Interface aus Atlanta den Schuhbereich abstoßen will. Interface hatte 2018 die nora systems GmbH gekauft. Der damals gestartete Integrationsprozess hat mittlerweile zu großflächigen Veränderungen mit massiven Auswirkungen auf die Gesamtstruktur des Betriebes geführt.

Die weiteren Auswirkungen auf die Belegschaft und die Infrastruktur des Freudenberg-Industrieparks sind noch nicht abzuschätzen. Das Management versucht durch das Vorenthalten von Informationen zum Beispiel über potentielle Käufer, sowohl Belegschaft als Betriebsrat hinzuhalten. Offensichtlich soll der Verkauf möglichst ungestört über die Bühne gebracht werden und erst dann informiert werden, wenn alles entschieden ist.

Verstoß gegen Belegschaftsinteressen

Mit diesem Verstoß gegen die Interessen der Belegschaft und gegen das Betriebsverfassungsgesetz will sich der Betriebsrat aber nicht abfinden. Bei den Aussagen der Unternehmensleitung ist davon auszugehen, dass zukünftig mit massiven Veränderungen und Personalabbaumaßnahmen zu rechnen ist.

Um die Auswirkungen des Verkaufs abschätzen zu können und um seinen gesetzlichen Auftrag zur Vertretung der Beschäftigteninteressen wahrnehmen zu können, braucht der Betriebsrat die Informationen, die ihm bisher verweigert werden. Für Betriebsrat und Belegschaft ist es wichtig zu wissen: Wer sind die möglichen Käufer? Welche Geschäftsstrategie verfolgen sie? Wird der Schuhbereich in Weinheim mit den Beschäftigten erhalten bleiben? Oder soll er verlagert werden? Und wenn ja, dann wohin? Wird von den potentiellen Käufern eine Übernahmegarantie für die Beschäftigten gefordert? Was passiert mit den Kolleginnen und Kollegen, die aus persönlichen Gründen nicht in ein neues Unternehmen wechseln wollen? Erhalten diese einen ihren Qualifikationen entsprechenden Arbeitsplatz bei nora?

Gegenwehr vorbereiten

Die Geschäftsführung will, dass alle Beschäftigten „Vertrauen“ haben und den zukünftigen Entwicklungen optimistisch entgegengehen. Wenn sie das ernst meinte, hätte sie schon längst die vorgenannten Fragen beantwortet und würde die Sicherheit der Arbeitsplätze garantieren. Da dies bisher nicht geschehen ist, wird der geplante Verkauf des Schuhbereichs von den Kolleginnen und Kollegen sehr kritisch gesehen und abgelehnt.

Für den Betriebsrat und die zuständige Gewerkschaft IG BCE heißt das: Jetzt muss die Solidarität und das „Wir-Gefühl“ in der Belegschaft gestärkt werden. Das ist eine wesentliche Voraussetzung, um in den anstehenden Auseinandersetzungen den Forderungen des Betriebsrats und der Belegschaft Gehör verschaffen zu können.

Torblockaden sichern Arbeitsplätze

Zur Erinnerung: Im Jahr 2006 sollte die ehemalige Bausysteme KG (der Vorläufer der nora systems GmbH) vom Freudenbergkonzern erstmalig verkauft werden. Wegen der drohenden Vernichtung vieler Arbeitsplätze und der Informationsverweigerung durch die Konzernleitung hatte die Belegschaft damals mit Demonstrationen und Torblockaden erfolgreich den Verkauf an einen Konkurrenten verhindert. Erst nachdem die Konzernleitung beim nächsten angestrebten Verkauf die Forderungen der Belegschaft und des Betriebsrats nach umfassenden Informationen und der langfristigen Absicherung der Arbeitsplätze erfüllt hatte, hatten Belegschaft und Betriebsrat den Verkauf akzeptiert. ■



Torblockade bei Freudenberg in Weinheim, 19. Januar 2007.

Foto: Privat.

Den Streik der GDL unterstützen!

R. G.

„Arbeitskampf bei der Deutschen Bahn AG – ein politischer Streik?“ Mit dieser Fragestellung hatten wir zu unserem ISO-Infoabend am 27. August 2021 eingeladen.

Kurzfristig hatte sich Kollege Lutz Dächert – Bezirksvorsitzender der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) Süd-West – bereit erklärt teilzunehmen. Ein Glücksfall. Denn so erhielten wir wenige Tage vor dem 3. Streik der GDL in diesem Jahr Informationen zur Geschichte der GDL und zum aktuellen Konflikt aus erster Hand.

Toller Vortrag

Lutz Dächert zeichnete authentisch, mit Sachkenntnis und angenehm unaufgeregt ein lebendiges Bild der GDL und des aktuellen Tarifkonflikts. Dabei ging er nicht zuletzt auch auf die Fehlentwicklungen innerhalb der Deutschen Bahn AG (DB AG) ein.

1994 wurden DDR-Reichsbahn und BRD-Bundesbahn zur privatrechtlichen DB AG fusioniert. Damals wurde sie vom deutschen Staat komplett entschuldet.

Seit dieser Zeit hat sich die DB AG verstärkt vom ursprünglichen „Geschäftsfeld“ Bahnverkehr entfernt. Sie hat mit Großinvestitionen ihre Aktivitäten weltweit ausgedehnt und Megaprojekte wie das Milliardengrab Stuttgart 21 begonnen. Sie hat die Zahl der Verwaltungs-Beschäftigten massiv erhöht, um die rund 600 Unternehmen des Konzerns zu „steuern“. Insgesamt hat sie so rund 35 Mrd. Euro Schulden aufgetürmt.

Gleichzeitig hat die DB AG Inlands-Strecken ausgedünnt oder stillgelegt und immer weniger Geld in das Schienennetz investiert. Sie hat Personal im Fahr-, Strecken- und Reparaturdienst abgebaut mit der Folge einer massiven Verschlechterung der Dienstpläne für das Fahrpersonal.

Tricksereien des Vorstands

Der DB-Vorstand täuscht medienwirksam „Kompromissbereitschaft“ vor. Er behauptet, das Bahn-Angebot und die GDL-Forderungen lägen nicht weit auseinander. Aber das stimmt nicht: Das Bahn-Angebot bedeutet Reallohnverlust und beinhaltete zum Zeitpunkt unseres Infoabends keine konkrete Höhe der Corona-Sonderzahlung.

Lautstark werden die GDL-Forderungen als überzogen und rüdnis diffamiert. Dabei hat die GDL ihre ursprüngliche Forderung bereits auf das Niveau des letzten ver.di-Abschlusses für den Öffentlichen Dienst gesenkt. Übrigens konnte die GDL ihre Forderungen

mit privaten Bahnfirmen schon tariflich vereinbaren.

In Wahrheit betreibt der Bahn-Vorstand Tarif-Blockade. Mit billigen Verhandlungstricks will er Zeit schinden und die Mobilisierungsfähigkeit der GDL schwächen. Darauf will sich die GDL nicht einlassen.

Politischer Streik?

In Deutschland ist das Streikrecht eingeschränkt. Politische Streiks sind verboten. Die GDL führt keinen politischen Streik. Aber der Bahn-Vorstand und ein Teil der Medien werfen genau dies der GDL vor. Dabei ist es der Vorstand der DB AG selbst, der diesen Tarifkonflikt politisiert und massiv politische Ziele verfolgt. Er will in dieser „Tarifrunde“ die kämpferische GDL in die Knie zwingen. Dazu benutzt er das 2015 verabschiedete Tarifeinheitsgesetz (TEG). In Zukunft will er nur noch mit einer Gewerkschaft, der DB-AG-freundlichen Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG), verhandeln.

Tarifeinheitsgesetz

Das TEG bestimmt, dass in einem Unternehmen ausschließlich der Tarifvertrag der größten Gewerkschaft gültig ist. Dieses Gesetz wurde unter der SPD-Arbeitsministerin Nahles verabschiedet und skandalöser Weise von den DGB-Gewerkschaften mit Ausnahme von ver.di, NGG und GEW begrüßt. Es hat nur einen Zweck: Es soll kleine und kämpferische Gewerkschaften wie die GDL, Cockpit oder den Marburger Bund handlungsunfähig machen und die Vorherrschaft der großen sozialpartnerschaftlichen DGB-Gewerkschaften sichern.



Solidarität erforderlich

Die Teilnehmenden unseres Infoabends waren sich darin einig, dass dieser Tarifkampf über Deutsche Bahn AG und GDL hinaus für die gesamte arbeitende Klasse von Bedeutung ist. Exemplarisch solle eine kleine, aber kämpferische Gewerkschaft besiegt und zerstört werden.

Darauf könne es nur eine Antwort geben: Die GDL im Falle weiterer Streiks solidarisch und praktisch unterstützen. Dies könne mit der Verteilung der „Streikzeitung“, einem Solidaritäts-Besuch der Streikposten, aber auch mit Information und Diskussion zum Streik im Arbeits- und Lebensumfeld geschehen. ■

Betriebsrats-Mobbing

Herauskaufen lassen, Kündigung oder gesundheitlicher Ruin?

GESPRÄCH MIT EINER BETROFFENEN

Diese „Alternativen“ werden immer häufiger aktiven Gewerkschafts- und Betriebsratsmitgliedern von mobbenden Geschäftsleitungen als „Konfliktlösung“ angedroht. Schon im letzten Herbst hatte *Avanti*² mit Clara, der Betriebsratsvorsitzenden aus einem Betrieb in Südwest-Deutschland, über ihre Mobbing-Erfahrungen gesprochen (siehe *Avanti*² Nr. 76 von Dezember 2020). Nun, fast ein Jahr später, haben wir bei ihr nachgefragt, ob sich zwischenzeitlich ihre Situation verbessert hat.*

Wie ist es Dir seit unserem letzten Gespräch ergangen?

Clara: Es hat sich seitdem nichts verbessert. Nach wie vor will „unsere“ Geschäftsführung in Gutsherrenmanier ihre betriebspolitischen Vorstellungen durchsetzen, in vielen Fällen ohne die Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats aus dem Betriebsverfassungsgesetz und damit auch ohne die Interessen der Beschäftigten zu berücksichtigen. Da der Betriebsrat sich das nicht gefallen lässt und seine Rechte einfordert, geht auch das Mobbing gegen die aktiven Mitglieder unseres Betriebsrats weiter. Das was da passiert, ist ein systematisches Fertigmachen durch Psychoterror.

Kannst Du dafür Beispiele nennen?

Clara: Ein Beispiel dafür ist die Teilnahme mehrerer BR-Mitglieder an einer Fachtagung der IG Metall zum Thema Betrieblicher Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Pandemie, die nach § 37 Absatz 6 Betriebsverfassungsgesetz beschlossen und auch vom Unternehmen schon akzeptiert war. Plötzlich, einen Tag vor der Konferenz, hieß es von Seiten der Geschäftsführung, die Teilnahme an der Veranstaltung würde nicht gebilligt und die Kosten der Dienstreise würden nicht übernommen. Begründung: Die Corona-Pandemie ließe das nicht zu, wir würden durch die Teilnahme die Gesundheit aller Betriebsangehörigen gefährden. Natürlich wusste die Firmenleitung, dass die Arbeitsschutzkonferenz die Corona-Pandemie sowie den betrieblichen Umgang damit zum zentralen Thema hatte: Zudem war bekannt, dass diese Tagung selbstverständlich unter Einhaltung der Corona-Schutzvorschriften durchgeführt werden sollte. Das alles zählte aber nicht. Hier ging es um reine Schikane gegenüber den BR-Mitgliedern, die trotzdem an der Konferenz teilgenommen haben. Aufgrund der Blockade des Managements mussten die vom Betrieb einbehaltenen Entgelte vor dem Arbeitsgericht eingeklagt werden – übrigens mit Erfolg.

Auch den Zugriff auf unser persönliches Arbeitszeitkonto, den man uns in diesem Zusammenhang gesperrt hatte, mussten wir per Gerichtsbeschluss durchsetzen.

Die dem Betriebsrat aufgezwungene Notwendigkeit, seine Rechte über das Arbeitsgericht einzuklagen, war und ist immer wieder Aufhänger für die Geschäftsführung, den Betriebsrat für die dadurch entstehenden „Kosten“ verantwortlich zu machen. Überhaupt sei der Betriebsrat zu teuer und bringe dem Unternehmen keinerlei Nutzen. Um diese Ausgaben wieder auszugleichen, droht das Management zum Beispiel an, die Firmenparkplätze kostenpflichtig zu machen, Gehälter später zu überweisen oder Reparaturen – zum Beispiel von Klimaanlage – nicht mehr auszuführen. Damit sollen die Beschäftigten gegen den Betriebsrat aufgebracht werden. Schon seit langem will die Geschäftsführung sofortige Neuwahlen des Betriebsrats, weil sie mit dem gegenwärtigen Gremium

und insbesondere mit der Vorsitzenden nicht mehr zusammenarbeiten will. Ich werde als „feige“ diffamiert, weil ich nichts allein entscheiden würde und nie allein zu Gesprächen kommen würde. Dies alles sind Versuche, um den Betriebsrat vorzuführen und lächerlich zu machen. Zu diesem Zweck wird dann zum Beispiel auch interner Mailverkehr zwischen Betriebsrat und Firmenleitung an verschiedene Vorgesetzte im Betrieb weitergeleitet, obwohl es sich dabei um ausgesprochene Interna und zum Teil um persönliche, dem Datenschutz unterliegende Informationen handelt.

Zur Ausschaltung des ihr nicht genehmen Betriebsrats fährt die Geschäftsführung zweigleisig. Zum einen versucht sie, die Belegschaft gegen den Betriebsrat und insbesondere die Vorsitzende und den stellvertretenden Vorsitzenden aufzuhetzen, zum anderen werden Abfindungssummen und Scheinangebote ins Gespräch gebracht, die uns Betriebsräte zu einer Eigenkündigung bewegen sollen. Zum Beispiel so: „Wenn sie ganz schnell zusagen, kann ich Ihnen zu einer neuen beruflichen Perspektive im Ausland verhelfen. Es ist doch bekannt, dass sie schon lange damit liebäugeln“.



Protest gegen BR-Mobbing vor dem Arbeitsgericht Darmstadt, 8. August 2019.

Foto: Privat.

Wie habt ihr auf diese Angriffe reagiert?

Clara: Zunächst haben wir deutlich gemacht, dass wir weder käuflich noch manipulierbar sind. Darüber hinaus haben wir die Geschäftsführung auf ihr eigenes Verhalten hingewiesen. Das zwingt uns ja dazu, das Arbeitsgericht in Anspruch zu nehmen und unnötige Kosten zu verursachen. Wenn die Firma ernsthaft an dieser Stelle Kosten sparen wollte, dann muss das Management nur das Betriebsverfassungsgesetz, die geltenden Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen einhalten und von der Bekämpfung des Betriebsrats ablassen.

Aktuell führen wir eine Auseinandersetzung um die Übernahme von befristet Beschäftigten, welcher sich die Firma widersetzt. Eine gültige Betriebsvereinbarung aus dem Jahr 2017 verpflichtet aber das Unternehmen, bestimmte Beschäftigte nach einer festgelegten Zeitspanne und bei bestehendem Personalbedarf in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Dies verweigert die Geschäftsführung. Daraufhin haben wir die vorher genehmigte Mehrarbeit in diesem Bereich gestoppt und ausgesetzt. Nun versucht die Geschäftsleitung, die Belegschaft gegen den Betriebsrat in Stellung zu bringen, indem sie per Aushang die Beschäftigten auffordert, gegen den Betriebsrat zu intervenieren.

Die Belegschaft ist aber gerade für uns, den Betriebsrat, der entscheidende Hebel, um Gegendruck auf die Geschäftsführung zu erzeugen, um sie zur Einhaltung der Gesetze und der geltenden

Vereinbarungen zu zwingen. Durch regelmäßige Informationsversammlungen in den einzelnen Abteilungen klären wir die Beschäftigten über die Situation im Betrieb auf. Auch über die Einbeziehung bei der Umsetzung der Gefährdungsanalyse, bei der es um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und des Gesundheitsschutzes geht, nehmen wir die Beschäftigten mit und sensibilisieren sie für ihr Umfeld.

So haben wir es vor kurzem gemeinsam geschafft, dass ein externer „Berater“ aus dem Betrieb entfernt werden musste. Die Geschäftsführung hatte ihn den Kolleginnen und Kollegen vor die Nase gesetzt. Die Folge war, dass er in diesem Bereich nur Chaos verursacht hatte und darüber hinaus Beschäftigte schikaniert hat.

Auch wir fahren mehrgleisig. Zum einen indem wir uns gemeinsam mit der Belegschaft gegen die Übergriffe des Managements wehren, zum anderen aber auch durch das Einschalten unseres Rechtsanwaltes. Schließlich versuchen wir auch, die IG Metall als zuständige Gewerkschaft einzubeziehen. Wir erwarten, dass sie uns in dieser Auseinandersetzung und vor allem gegen das systematische BR-Mobbing durch die Geschäftsleitung unterstützt. Leider ist dies bisher nur in unzureichendem Ausmaß geschehen.

* [Die Fragen stellte H. S., den Namen der BR-Kollegin haben wir aus Sicherheitsgründen geändert.] ■

Betriebsräte im Visier

Bossing, Mobbing & Co.

Grundrechte verteidigen!

Konferenz

mit betroffenen Kolleg:innen aus verschiedenen Branchen,
Julia Friedrich (DGB Baden-Württemberg)
Thomas Hahl (IGM Mannheim)
Inga Neumann und Friedrich Bossert (IG Metall Vorstand)
Alexander Mohrlang (IG Metall Vorstand)
und vielen anderen

Samstag, 16. Oktober 2021

13:00 – 19:00 Uhr
Gewerkschaftshaus Mannheim
Hans-Böckler-Str. 1, 68161 Mannheim

www.gegen-br-mobbing.de

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ Mannheim
mit freundlicher Unterstützung der IG Metall Mannheim
sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg,
IG BCE Weinheim, OKG – „Organisieren-Kämpfen-Gewinnen“,
Überbetriebliches Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar, work-watch Köln



Betriebsräte im Visier



Dokumentation der
siebten bundesweiten Konferenz
gegen BR-Mobbing

am 17. Oktober 2020 in Mannheim



Kapitalismus – ohne Alternative?

N. B.

Die Herrschenden stellen den neoliberalen Kapitalismus gerne als alternativlos dar. Damit lassen wir uns nicht abspeisen und haben uns bei unserem achtzehnten hybriden Infoabend gefragt, wie eine emanzipierte Gesellschaft ohne Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur aussehen könnte.

Träumen und Utopien ließen wir am 23. Juli freien Lauf, fragten aber auch immer wieder danach, was denn tatsächlich wünschenswert und was möglich ist. Zum Einstieg in die Diskussion nahm unser Referent uns mit auf eine Reise in die zukünftige Welt. Solidarisch organisiert solle sie sein. Die Abschaffung von Klassen und sozialen Ungleichheiten werde jede Form der Herrschaft obsolet machen, Entscheidungen würden dann von allen Menschen gemeinsam getroffen. Möglich machen solle das unter anderem die Einführung einer einzigen gemeinsamen Sprache.

In der anschließenden Diskussion wurde die Frage der Machbarkeit und Sinnhaftigkeit einer solchen Organisationsform aufgeworfen. Dabei wurde deutlich, dass es Entscheidungen auf unterschiedlichen Ebenen des gesellschaftlichen Miteinanders geben muss und lokale, regionale oder andere spezifische Interessen und Bedingungen nicht einfach übergangen werden dürfen.

Die politische Organisationsform, in der das bisher am besten gelungen ist, ist ein Räte-System. Wenn Betriebe, Stadtviertel und andere Organisationszusammenhänge ihre eigenen Vertretungen wählen, die wiederum Abgeordnete auf höhere Ebenen entsenden, können sowohl spezifische als auch allgemeine Interessen gewahrt werden. Mit dem ersten Beispiel eines solchen gesellschaftlichen Versuchs konnten wir uns kurz darauf in unserem Sommer-

seminar auseinandersetzen: mit der Pariser Kommune 1871.

Zwischen Utopie und Dystopie

Aufbauend auf dem Referat entspann sich eine angeregte Diskussion entlang der Frage der Technologie. Welche Möglichkeiten bietet die Weiterentwicklung der Technik für die gesellschaftliche Emanzipation? Welche Gefahren birgt sie? Und wie stellen wir uns diese Emanzipation überhaupt vor? Dabei ging es einerseits um die Frage, ob es ein erstrebenswertes Ziel sei, unsere Lebenswelt auf den Weltraum auszuweiten. Andererseits wurde die Frage aufgeworfen, inwieweit digitale Technologie noch weiter in unsere alltägliche Kommunikation aufgenommen werden soll und welche Rolle die Gentechnik zur Verbesserung des menschlichen Lebens spielen kann.

Hierbei wurde deutlich, dass der Grat zwischen Utopie und Dystopie sehr schmal sein kann. Die Begeisterung für das, was technisch möglich sein könnte, verdrängt zuweilen die Wahrnehmung dessen, was menschlich und gesellschaftlich möglich ist, ohne dabei räumlich immer weiter zu expandieren und menschliche Körper zu optimieren. Die technologische Weiterentwicklung steht so nicht nur in einem Spannungsverhältnis zu einem harmonischen Umgang mit unserer natürlichen Umwelt, sondern auch zu einem erfüllten, befreiten menschlichen Miteinander.

Statt überhöhter Fortschrittsphantasien wollen wir uns für eine Gesellschaft einsetzen, in der Menschen mit all ihren körperlichen und geistigen Unterschieden gut miteinander leben können. Die menschlichen Kräfte, die in einer befreiten Gesellschaft entfesselt würden, wollen wir statt in unkontrollierte technische Entwicklungen eher in Bereiche wie Erziehung und Bildung fließen lassen.

Der Weg zur Utopie?

Schließlich wurde in der Diskussion die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Utopien gestellt. Können wir uns überhaupt Vorstellungen davon machen, wie ein Leben ohne die Zwänge, die Ausbeutung und die Unterdrückung in allen bisherigen Herrschaftsformen aussehen würde? Und wie hilfreich sind derartige Träumereien?

Eine Utopie kann Kraft geben und uns immer wieder daran erinnern, dass die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht auf Naturbedingungen, sondern auf einem Herrschaftssystem fußen. Mindestens genauso wichtig wie die Utopie einer befreiten Gesellschaft ist aber, dass wir in unserer alltäglichen Praxis an realen Problemen anknüpfen und glaubwürdige Alternativen vermitteln, die einen kleinen Ausblick auf das geben, was in einer anderen Gesellschaft möglich wäre und wofür es lohnt zu kämpfen. ■



Fünf Jahrzehnte neoliberale Gegenoffensive des Kapitals (Teil IV)

Wir veröffentlichen hier den vierten und letzten Teil des Einleitungsreferats unseres Frühjahr-Seminars 2021 zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit. Das komplette Referat ist zu finden unter www.iso-4-rhein-neckar.de/50neo.

U. D.

Im Sog des Neoliberalismus

Der Untergang der stalinistischen Diktaturen in den 1990er Jahren verunsicherte viele der sich als links verstehenden Gewerkschaftsfunktionäre und -Mitglieder. Dagegen konnten die prokapitalistischen, sozialpartnerschaftlichen Strömungen diese Entwicklung nutzen, um ihren Einfluss auszubauen.

Dies war eine wichtige Voraussetzung für das weitere Eindringen neoliberaler Ideen in die Gewerkschaften und verstärkte deren bisherige Anpassung an die bürgerlich-kapitalistische Ideologie:

- Nicht der grundlegende Gegensatz von Kapital und Arbeit, sondern sozialpartnerschaftliches Mitverwalten, Co-Management und „Standortsicherung“ wurden für viele zum alternativlosen Handlungsleitfaden.
- Begriffe wie Kapitalismus, Kapitalist, Arbeiterklasse und Klassenkampf wurden fast vollständig durch Sozialstaat, Arbeitgeber, Arbeitnehmer sowie Sozial-, Tarif- und Betriebspartnerschaft ersetzt.
- Bei betrieblichen Konflikten und Streiks wurde von vornherein auf „partnerschaftliche“ und für beide Seiten „tragfähige“ Lösungen orientiert.

Dazu passend sprach sich der Deutsche Gewerkschaftsbund 1996 in seinem Grundsatzzprogramm für die „sozial regulierte Marktwirtschaft“ aus. Im Gegensatz zum Kapitalismus schaffe diese angeblich die Möglichkeit, die bestehenden Interessensgegensätze auszugleichen.

Auch wenn die Angriffe von Regierung und Kapital auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der arbeitenden Klasse in den letzten 25 Jahren das Gegenteil belegen und sich die Interessensgegensätze zugespitzt haben, ist dies bis heute die offizielle Position der Gewerkschaften.

Neoliberalismus heißt Generalangriff

Neoliberalismus bedeutet rücksichtslose Politik im Interesse der besitzenden Klassen und Generalangriff auf alle Arbeits- und Lebensbereiche der arbeitenden Klasse:

- Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben
- Angriffe auf die sozialen Sicherungssysteme
- Individualisierung, und Schwächung von Solidarität und Gewerkschaften
- Permanente „Reorganisation“, Arbeitsverdichtung, Flexibilisierung, Zerstörung des Normalarbeitsverhältnisses, prekäre Beschäftigung usw.
- Aufspaltung von Unternehmen in kleinere Einheiten und damit auch die Spaltung der Belegschaften
- „Aufsaugen“ von Betrieben durch global agierende Konzerne und damit die Anonymisierung des „Gegners“ mit weit entfernten Entscheidungszentren.

Die Gewerkschaften haben diese Entwicklung nicht massiv bekämpft, sondern auf die „Vernunft“ des Kapitals gehofft. Diese Politik des Zurückweichens hat das Bewusstsein der arbeitenden Klasse über ihre kollektive Kraft geschwächt, die Überzeugung von der Notwendigkeit einer Klassenorganisation untergraben und die gemeinsame Gegenwehr sowie die Arbeit von Vertrauensleuten und Betriebsräten erschwert.

Notwendige Erneuerungen

Die arbeitende Klasse ist von den Systemkrisen und der neoliberaler Politik massiv betroffen. Aber nur eine Minderheit sucht glaubwürdige antikapitalistische Antworten. In Teilen ist sie erneut anfällig für antigewerkschaftliche, autoritäre oder gar faschistische Ideen.

Die „neoliberalen“ Jahrzehnte haben daran massiven Anteil. Aber diese wären ohne die Niederlage der Novemberrevolution von 1918, den Sieg des Faschismus 1933, die stalinistische Diktatur in der DDR bis 1989 sowie der prokapitalistischen Rolle von Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbürokratie nicht möglich gewesen.

Dies zeigt, wie dringend eine politische Erneuerung der Gewerkschaften und ein Wiederaufbau einer politischen Bewegung der arbeitenden Klasse ist. Dafür ist die politische Arbeit in den Betrieben von zentraler Bedeutung, da sie in den „Brennkammern“ des kapitalistischen Systems stattfindet. Wesentlich ist dabei der Aufbau klassenkämpferische Kerne und Strömungen und deren solidarischer Vernetzung.

Warten wir nicht länger, sondern fangen wir heute damit an. ■



Warnstreik bei Alstom Mannheim, 23. März 2021.

Foto: helmut-roos@web.de.

ISO-Sommerseminar 2021

Pariser Kommune

N. B.

Vor 150 Jahren machte sich die Pariser Kommune daran, die „endlich entdeckte politische Form“ (Marx) der direkten, selbstverwalteten Demokratie zu entwickeln. Anlass für uns, auf die Erfahrungen der Kommune – ihre Errungenschaften, aber auch ihre Fehler – zurückzublicken und sie mit unserer heutigen Situation in Beziehung zu setzen. Einen ganzen Nachmittag lang beschäftigten wir uns daher bei unserem ISO-Sommerseminar am 7. August mit der Pariser Kommune und ließen den Tag mit unserem Sommerfest ausklingen.

In einem ersten Block mit zwei Referaten und anschließender Diskussion befassten wir uns mit den Geschehnissen vor, während und nach der Pariser Kommune. Auf einen allgemeinen historischen Überblick folgte ein Referat über die Rolle der Frauen und ihrer Organisationen in der Kommune.

Die Bedingungen: Elend und Selbstorganisation

Infolge der Industrialisierung und mehrerer Kriege (zuletzt des Deutsch-Französischen) lebte die Pariser arbeitende Klasse 1870/71 in elenden Verhältnissen. In den Stadtvierteln bildeten sich so in der Zeit der preußischen Belagerung soziale Versorgungsnetzwerke, die insbesondere von Frauen organisiert wurden. Sie sollten auch in der Zeit der Pariser Kommune eine tragende Rolle sowohl in der Sorge und der Versorgung als auch der direkten Verteidigung der Kommune spielen.

Einführung der direkten Demokratie

Als die französische Thiers-Regierung die Kanonen der Nationalgarde in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am 18. März 1871 entwenden wollte, erhoben sich die Pariser*innen. Die Nationalgarde übernahm die Macht, kündigte aber sogleich Wahlen für den 26. März an – mit allgemeinem Männer-Wahlrecht: Das war damals ein großer Fortschritt, obwohl Frauen weiterhin nicht teilnehmen durften.

Als wesentliches, herausstechendes Merkmal der direkten Demokratie der Pariser Kommune hob unser erster Referent hervor, dass die Gewählten rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar waren, sowie den durchschnittlichen Lohn eines Arbeiters erhielten. Im Gemeinderat (der Kommune) waren unterschiedliche politische Strömungen vertreten.

Infrastruktur der Frauen

Während die Frauen von den höchsten Ämtern ausgeschlossen blieben, spielten sie mit ihren Organisationen (insbesondere das Frauenkomitee des Wachsamkeitskomitees Montmartre und der Frauenbund) eine tragende Rolle in der Organisation des alltäglichen Lebens, der Versorgung mit dem Lebensnotwendigen, der Umgestaltung der Bildung, der Versorgung der Verwundeten und nicht zuletzt der Verteidigung der Kommune auf den Barrikaden.

Von kleinen und großen Veränderungen

Auf den Referaten aufbauend diskutierten die Teilnehmenden das Verhältnis von Veränderungen in einzelnen gesellschaftlichen Be-

reichen wie der Bildung einerseits und revolutionären Umwälzungen der gesamten Gesellschaft andererseits. Dabei kristallisierte sich die Pariser Kommune als hervorragendes Beispiel dafür heraus, wie ein revolutionärer Umsturz, der die Organisation des gesellschaftlichen Miteinanders in die Hände der arbeitenden Klassen gibt, sich umgehend auf alle gesellschaftlichen Bereiche auswirkt. In den 72 Tagen bis zu ihrer blutigen Niederschlagung durch die Herrschenden der alten und fortdauernden Ordnung unternahmen die arbeitenden Klassen in Paris enorme Schritte in Richtung der Emanzipation und Selbstorganisation der Arbeit, der Bildung, des Wohnens, der Sorge, um nur einige Bereiche zu nennen.

Damals und heute

Im zweiten Block unseres Sommerseminars zur Bedeutung der Pariser Kommune heute wurde besonders deutlich, dass sie uns immer noch eine wichtige politische Inspiration sein kann. Als Rätssystem war sie Vorbild aller späteren proletarischen Revolutionen. Wir diskutierten insbesondere, wie eine direkte sozialistische Demokratie mit einer „arbeitenden Körperschaft“ von Regierung und Gesetzgebung (Exekutive und Legislative) aussehen kann.

Das von den Teilnehmenden sehr positiv bewertete Seminar wurde lebendig gerahmt durch mehrere Kurzfilme und durch Musik. Abgerundet wurde es durch unser anschließendes Sommerfest, bei dem wir zu kühlen Getränken in frischer Sommerabendluft und warmen Speisen vom Grill die Diskussionen des Seminars und des (politischen) Lebens in lockerer Atmosphäre weiterführen konnten. ■



Blick in das Plenum des Sommerseminars am 7. August 2021 in Mannheim.

Foto: Avanti².

Käthe Kollwitz – keine politische Künstlerin?

Ein Besuch der Ingelheimer Käthe Kollwitz-Ausstellung

K. S.

Am 25. Juli 2021 besuchten wir im Rahmen unserer Reihe „Spurensuche“ die Kunstausstellung „Käthe Kollwitz. Realität & Emotion“ im Ingelheimer Alten Rathaus. Wir erhielten dort eine informative Führung durch die Präsentation ihres Schaffens.

Unter den etwa 90 in Ingelheim gezeigten Werken konnten wir vor allem die beiden Bildzyklen „Bauernkrieg“ und „Ein Weberaufstand“ betrachten. Die vom Naturalismus eines Gerhart Hauptmann inspirierten Werke von Käthe Kollwitz faszinieren durch ihre direkte Bildsprache, die das Leiden und Kämpfen der aufständischen Bauern und der unterdrückten Proletarier fesselnd in den Mittelpunkt stellt.

Zwar war im Alten Rathaus ihr Wirken um die Jahrhundertwende sehr präsent, doch die weitere Ausstellung beschränkte sich auf eine thematische Auswahl zu den Themen „weiblicher Körper“ und „Mutter und Kind“. Dies löste in unserer Gruppe einiges an Diskussionen aus, da ein zentrales Puzzle ihres Werkes gänzlich fehlte: die beeindruckende politische und eingreifende Kunst der Käthe Kollwitz ab 1918.



Käthe Kollwitz, Losbruch (Blatt 5 aus dem Zyklus „Bauernkrieg“), 1902/03, Strichätzung.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- SA, 04.09. 2021, 9:00 Uhr, Soliaktion mit GDL-Streik vor dem HBF MA
- SO, 05.09.2021, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- MO, 06.09.2021, 13:30 Uhr, Streikdemo der GDL in Karlsruhe
- DO, 09.09.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- SA, 11.09. 2021, 06:32 Uhr, Abfahrt ab MA HBF zur Mietdemo in Berlin
- SA, 11.09. 2021, 12:00 Uhr KonTra IAA-Großdemo in München
- DI, 14.09.2021, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- DO, 23.09.2021, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- FR, 24.09.2021, Klimastreik*
- FR, 24.09.2021, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*

Vorschau:

- SA, 16.10. 2021, 12:00 Uhr, 8. Bundeskonferenz „BR im Visier“ MA*

* [Jeweils mit strikter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

